

ISO Rhein-Neckar

Demo gegen AfD in Mannheim, 23.09.2017.



Foto: helmut-roos@web.de

Rechtsruck bei der Bundestagswahl Was nun?

H. N.

Die Bundestagswahl 2017 bestätigt und verstärkt den Rechtsruck der letzten Jahre. Die Wahlergebnisse in der Rhein-Neckar-Region (Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg) unterscheiden sich in Nuancen vom Gesamtergebnis im Bund. Zum Beispiel sind rechts des Rheins die Grünen und nicht die AfD drittstärkste Partei. Die Linke hingegen ist linksrheinisch wesentlich schwächer als auf Bundesebene.

Alarmierend sind die 20 % plus X-Ergebnisse der blau-braunen Rechten in Stimmbezirken wie beispielsweise in Mannheim-Schönau und -Vogelstang oder in Speyer-Nord.

Es gilt jetzt, die Bedeutung der gefährlichen Kombination aus Rechtsruck und kapitalistischer Offensive zu verstehen. Sie droht, bei Beginn einer neuen Wirtschaftskrise explosiv zu werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

der Herbst färbt nicht nur die Blätter braun, sondern auch Teile des Bundestags. Wir kommen nicht umhin, uns in dieser *Avanti*² mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen zu befassen. Ein weiteres Thema ist die Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 14. Oktober.

Kurz vor dem hundertsten Jahrestag des russischen Oktobers 1917 setzen wir unsere Serie mit Artikeln zu diesem epochalen Ereignis fort.

Zudem werfen wir einen Blick zurück auf unser Sommerseminar, das sich mit der Frage „100 Jahre Revolution, Konterrevolution und Kapitalismus – Was nun?“ beschäftigte.

Wir hoffen, dass diese und die anderen Themen auf Euer Interesse stoßen!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	ISO-SOMMERSEMINAR
01 RECHTSRUCK Was nun?	06 OKTOBERREVOLUTION (I) Welche Ziele?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	07 OKTOBERREVOLUTION (II) Revolution und Literatur
03 BR-MOBING Mannheimer Konferenz	RÜCKBLENDE / TERMINE
04 VERANSTALTUNG Wohin treiben die USA?	08 ROTER OKTOBER Was sagte Rosa dazu?
GESCHICHTE	08 Termine
05 OKTOBER 1917 Eine Bilanz	

Fortsetzung von Seite 1

Die kommende Bundesregierung wird wahrscheinlich die Form einer „Jamaica“-Koalition (CDU/CSU, FDP, Grüne) annehmen. Damit drohen uns nun weitere „Reformen“ zur „Modernisierung“ Deutschlands und zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden 0,1 Prozent.

Kapitaloffensive

Ziel ist die Fortführung der strategischen Offensive des Kapitals. Sie lässt sich mit einigen Schlagworten zusammenfassen: „Globalisierung“, Washington-Konsens, Lisabon-Prozess, Agenda 2030, Freihandelsabkommen, Medienmacht, Globalüberwachung, Digitalisierung, Elektromobilität, Prekarisierung, Fiskalpakt, Zurückdrängen und Zerstören der sozialen Sicherungssysteme („Rente mit 70“) und nicht zuletzt historische Schwächung der Gewerkschaften.

Zunehmend werden Entsolidarisierung und der Kampf der einzelnen Menschen gegeneinander gefördert. Die allgegenwärtige Ellenbogenmentalität vertieft die wachsende soziale Ungerechtigkeit. Bis in die zwischenmenschlichen Beziehungen und das Alltagsleben hinein wirkt der globale Konkurrenzkampf.

Gegen die auf Vernichtung ausgerichtete Konkurrenz und die soziale Ungleichheit vertreten wir den Standpunkt der sozialen Gleichheit und der internationalen Solidarität. Das sind keine hehren Prinzipien für eine ferne Zukunft, sondern kann und muss schon heute in Ansätzen wirksam werden.

Alternativen

Eine Alternative zu pro-kapitalistischer Politik sollte deshalb auf folgenden vier Kernpunkten beruhen:

1. Kampf gegen Prekarität und Arbeitslosigkeit! Jedem Menschen seinen Arbeitsplatz. Der Ausschluss aus dem Arbeitsprozess zerstört den Einzelnen, fügt aber auch der Gesellschaft Schaden zu. Jedem eine sinnvolle, sichere und gute (auch gut bezahlte!) Arbeit zu geben, muss zu einer Notwendigkeit werden. Natürlich ist dies mit einem Umbau der Wirtschaft (Autoindustrie, Chemie, Energie, Finanzsektor, Landwirtschaft...) auf gesellschaftlich und ökologisch nützliche Ziele zu kombinieren. Das ist der allgemeine Ausgangspunkt einer alternativen Wirtschaftspolitik.

2. Vorrang für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse! Das bedeutet nicht zuletzt, Sozialabbau und Privatisierungen zu stoppen. Aus- und Fortbildung, das Gesundheitswesen, die Altenfürsorge, die Kinderbetreuung, die Förderung von

Kultur, der Ausbau umweltfreundlicher Verkehrssysteme und vor allem die Förderung öffentlicher Wohnungsbauprogramme in Verbindung mit dem Recht auf angemessenen Wohnraum für alle sind hier zu berücksichtigen.

3. Statt des betriebswirtschaftlichen Profits müssen volkswirtschaftlich und gesellschaftlich relevante Kriterien in den Vordergrund gerückt werden! Jede bedeutsame wirtschaftliche Entscheidung muss auf ihre Folgen für Arbeitsplätze und Umwelt geprüft werden. Gegen die als „Industrie 4.0“ maskierte digitale Rationalisierung muss eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt werden.

Die arbeitende Bevölkerung kann sich Einflussmöglichkeiten erkämpfen (z.B. das Verbot von Entlassungen). Die wirtschaftliche Macht der Arbeitenden darf nicht den „Marktgesetzen“ (der Profitmaximierung) unterworfen bleiben. Sie macht eine demokratisch kontrollierte, nichtbürokratische Planung erforderlich. Diese ist der entscheidende Hebel zur Vergesellschaftung von Investitionen und damit zentraler Wirtschaftsbereiche.

4. Für internationale Solidarität!

Sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in Verbindung mit dem Osten und dem Süden müssen wir die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klasse herausstellen. Darin besteht die einzige Alternative zum „Immer weniger für immer mehr“ des Kapitalismus. Wir müssen Wege finden, die der imperialistischen Organisation der Weltwirtschaft im Sinne der internationalen Solidarität entgegenwirken.

Diese vier Grundsätze sind Teil einer demokratischen und solidarischen Alternative jenseits des Kapitalismus. Es geht nicht um eine bürokratische Verstaatlichung der Wirtschaft, sondern um die Frage: Was bestimmt die ökonomischen Entscheidungen

der Gesellschaft – der Profit oder unsere Bedürfnisse? Wir möchten letzteren zum Durchbruch verhelfen, was gleichbedeutend ist mit der Durchsetzung einer direkten Demokratie der ProduzentInnen.

Gegenwehr

Die Angriffe des Kapitals und der bürgerlichen Politik auf die Existenzbedingungen, die politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der arbeitenden Klasse sind bisher ohne einheitliche Gegenwehr geblieben. In ihrem Windschatten haben vielmehr Rechtsextremismus und Neo-Faschismus jetzt auch bei der Bundestagswahl massiv an Boden gewinnen können.

Eine einheitliche Verteidigungsfront gegen die Offensive des Kapitals und die politische Rechtsentwicklung zu schaffen, ist die zentrale politische Aufgabe. Wesentlich ist hierbei der Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und alle anderen Arten von Diskriminierung. Wir treten deshalb insbesondere ein für die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen.

Unser Ziel ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zu stärken. Millionen sind stärker als Milliardäre. Die Kritik an den herrschenden Verhältnissen und der kapitalistischen Ideologie muss lauter werden. Die Handlungsfähigkeit der arbeitenden Klasse und das Bündnis mit sozialen Bewegungen ist stärker als bisher zu fördern.

Deshalb kritisieren wir die „Realpolitik“, die Illusionen in den Parlamentarismus und jede Art von Stellvertreterpolitik schürt. Deshalb liegt der Schwerpunkt unserer Aktivitäten in den außerparlamentarischen Kämpfen. Nur hier kann die Kraft entstehen, die in der Lage ist, wirksame Gegenwehr zu organisieren. Gegen Rechtsruck und Kapitaloffensive! ■



ISO in der Demo gegen AfD in Mannheim, 23.09.2017.

Foto: Avanti²

BR-Mobbing Was tun?

K. W.

Der Begriff „Union Busting“ kommt aus dem Amerikanischen und bedeutet: „Gewerkschaft zerstören“. „Union Busting“ richtet sich somit nicht nur gegen Betriebsräte, Vertrauensleute und kritische aktive Beschäftigte, sondern unmittelbar gegen die Gewerkschaften selbst. Die 2014 von der Otto-Brenner-Stiftung veröffentlichte Studie zu diesem Thema belegt dies eindrucksvoll.

Die Angriffe auf die Betriebsrats- und Gewerkschaftstätigkeit nehmen seit Jahren zu. Beliebte Instrumente hierfür sind die Verdachtskündigung, der unmittelbare Eingriff in das Arbeits- und das Privatleben der Betroffenen sowie die persönliche und öffentliche Verleumdung.

Es sind vor allem kämpferische und aktive KollegInnen, die ins Visier geraten und ausgeschaltet werden sollen.

Niemand kann genau sagen, wie viele Fälle von Betriebsrats-Mobbing es gibt, die bisher nicht bekannt wurden.

Resignation

Aufgrund des hohen betrieblichen Drucks resignieren viele Betroffene. Sie geben auf, weil sie nicht ihren Arbeitsplatz gefährden wollen. Oft genug sind sie jedoch schon im Verlauf der meist langandauernden Auseinandersetzungen psychisch krank gemacht worden.

Manche resignieren auch deswegen, weil ihnen möglicherweise die gewerkschaftliche Solidarität versagt wird und sie auch anderweitig keine ausreichende Unterstützung finden.

Es ist leider so, dass selbst innerhalb von BR-Strukturen Menschen nicht vor Mobbing gefeit sind.

Die Rechtsprechung gibt oft genug und wider jegliches Rechtsempfinden denjenigen Recht, die auch im Betrieb das Sagen haben.

Opfer von Betriebsrats-Mobbing und ihr Umfeld sind ohne umfassende und wirksame Solidarität letztendlich schutzlos.

Sollten es die Firmenleitungen schaffen, die Rechte von Betriebsräten weiter einzuschränken oder ganz auszuhebeln, dann wird dies nicht ohne nachhaltige negative Folgen für die gewerkschaftliche Aktivierung der Belegschaften bleiben.

Widerstand

Den Kampf gegen Betriebsrats-Mobbing mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu organisieren ist auch deshalb eine elementare Aufgabe der Gewerkschaften.

Wir freuen uns, dass im Oktober 2015 der Gewerkschaftstag der IG Metall einen wichtigen Schritt in diese Richtung gemacht hat.

Die Delegierten haben dort nämlich unter anderem folgendes beschlossen:

- Die Vorstandsverwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass ausreichende politische, rechtliche und organisatorische Kapazitäten bereitgestellt werden, um betroffene Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Betriebsratsgremien sowie Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen bei der Gegenwehr gegen Betriebsrats-Mobbing wirksam beraten und unterstützen zu können.

- Die Themen „Union Busting“ im Allgemeinen und Betriebsrats-Mobbing im Besonderen werden als Lernmodule in die Bildungsarbeit für haupt- und ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre aufgenommen.

- Ehrenamtliche Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter der IG Metall werden regelmäßig zum Thema Betriebsrats-Mobbing fortgebildet, um die Arbeitsgerichtsbarkeit entsprechend sensibilisieren zu können.

- Zusammen mit DGB und EGB werden die Themen „Union Busting“ und Betriebsrats-Mobbing auf Bundes- und Europaebene getragen, um gewerkschafts- und länderübergreifend gegen diese bedrohliche Entwicklung vorgehen zu können.

- Gewerkschaftsnahe Initiativen gegen Betriebsrats-Mobbing sowie der Austausch und die Vernetzung von betroffenen Kolleginnen und Kollegen werden unterstützt.

- Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und seine Regionalgliederungen werden mit aktuellen Vorfällen konfrontiert und zur Bekämpfung des Betriebsrats-Mobbings durch deren Mitgliedsfirmen angehalten.

- Die IG Metall wird aufgefordert, sich bei den Regierungen der Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, diese Vorfälle zu thematisieren und alle Anstrengungen zu unternehmen, um den gesetzeswidrigen Angriffen auf unsere betrieblichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger Einhalt zu gebieten.

- Insbesondere ist das Mittel der „Verdachtskündigungen“ von Betriebsrätinnen und Betriebsräten durch den Gesetzgeber zu unterbinden und auch im Arbeitsrecht dem Grundsatz der Unschuldsvermutung Vorrang zu geben.

Entscheidend ist jetzt aber, dass dieser wichtige Beschluss des Gewerkschaftstages der IG Metall nicht auf dem Papier stehen bleibt. Er muss wirksam umgesetzt werden. Und nicht zuletzt: Auch alle anderen Gewerkschaften sind gefordert, endlich den Praktiken des Betriebsratsmobbings entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Wir werden sehen, ob die bevorstehende Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in diesem Sinn Fortschritte vermelden kann. ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Was tun?

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
Dietrich Growe (Fachanwalt Arbeitsrecht/Kanzlei Dr. Growe & Kollegen),
Susanne Kim (IG Metall Vorstandsverwaltung) und viele anderen
Musik: Gizem Gözüacik

Samstag, 14. Oktober 2017

13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

US-Gewerkschafterin in Mannheim

Das andere Amerika lebt

G. K. / P. O.

„Trump, Populismus und arbeitende Klasse“ lautete der Titel einer spannenden Veranstaltung am Montag, dem 11. September 2017, im Mannheimer Gewerkschaftshaus.

50 KollegInnen waren gekommen, um sich über wesentliche Hintergründe und aktuelle Entwicklungen in den USA unter Trumps Präsidentschaft zu informieren.

Trump's Präsidentschaft hat einerseits politische Konflikte in den Vereinigten Staaten und in aller Welt spürbar verschärft.

Andererseits sind gegen die reaktionäre Politik des mit der extremen Rechten verbandelten Multimilliardärs im Weißen Haus schon jetzt Millionen US-BürgerInnen auf die Straße gegangen.

Die Häufung von Massenprotesten während seiner erst kurz währenden Amtszeit könnte zu dem Schluss verleiten, dass Trump mit der Politik seiner Vorgänger gebrochen hat. Dianne Feeley sieht jedoch Trump trotz seiner populistischen Ausfälle in weitgehender Kontinuität mit den Präsidenten der USA seit Jimmy Carter und Ronald Reagan. Diese hätten bereits in den Jahren 1979 bis 1981 mit dem neoliberalen Umbau der USA begonnen. Alle späteren Präsidenten hätten diesen Kurs fortgesetzt und die USA immer weiter nach rechts gerückt.

Protestwellen

Vier Protestwellen, so Dianne Feeley, habe es seit seinem Amtsantritt am 20. Januar 2017 gegeben.

Zunächst fand kurz danach der *Women's March on Washington* – ein Protestmarsch für Frauen- und Menschenrechte – statt. Allein in Washington demonstrierten eine halbe Million Frauen und Männer. Überall in den USA und weltweit kam es zu öffentlichen Solidaritätsaktionen. An diesem Tag protestierten insgesamt etwa zwei Millionen Menschen, vor allem Frauen, gegen Trump.

Weitere Proteste entzündeten sich an Trumps Einreiseverboten für AusländerInnen. Auf den Flughäfen gab es im ganzen Land zahlreiche Kundgebungen. RechtsanwältInnen boten den vom Einreiseverbot betroffenen Menschen direkt vor Ort Unterstützung an.

Am 22. April fand der *March for Science* – der „Marsch für die Wissenschaft“ – ebenso wie zuvor der Frauenmarsch ein großes internationales Echo. In mehr als 600 Städten weltweit gab es Solidaritätskundgebungen. Anlass waren wissenschaftsfeindliche Äußerungen von Trump. So leugnete er unter anderem den Klimawandel und dessen Folgen. Fakten haben sich seinen politischen Konzepten „anzupassen“.

Schließlich folgte die vierte Welle auf die gewalttätige Demonstration von Neo-Nazis und anderen rechtsextremen Gruppen am 13. August in Charlottesville. GegendemonstrantInnen wurden von den Nazis tödlich angegriffen, eine Antifa-

schistin von einem Rechtsextremisten ermordet und weitere AktivistInnen zum Teil schwer verletzt. Trump jedoch distanzierte sich zunächst nicht von den braunen Tätern.

Hinter all' diesen Protestaktionen stand keine landesweite, organisierende Kraft, die einen langanhaltenden Widerstand sichern könnte. Die Mobilisierungen erfolgten vielmehr meist über „soziale“ Medien, und bisher sind meist keine dauerhaften Strukturen entstanden.

Gewerkschaften

Beständiger Widerstand wird in den USA auch dadurch erschwert, dass der Grad der gewerkschaftlichen Organisation stark zurückgegangen ist. Zwar sind noch 16 Millionen US-BürgerInnen Gewerkschaftsmitglieder. Aber auch organisierte Basen wie die LehrerInnen werden immer mehr angegriffen.

Dianne Feeley gab einen Überblick über die Lage der arbeitenden Menschen in den USA. Sie skizzierte den schwierigen Kampf für gewerkschaftliche Organisation, der durch Konzernstrategien, Gesetze und Rassismus erschwert wird.

Die Veranstaltung fand mit Unterstützung insbesondere der IG Metall Mannheim, von attac Mannheim, der IG BCE Weinheim und dem Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar statt.

Ein Fazit des Abends lautete: Es gibt enorme Probleme und Gefahren, aber das andere Amerika ist aufgewacht und in Bewegung für die Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte gekommen. ■



Veranstaltung mit Diane Feeley in Mannheim, 11.09.2017.

Foto: Avanti²

Die Oktoberrevolution

Ein schwieriges, aber wichtiges Erbe

MANUEL KELLNER

Die Oktoberrevolution 1917 in Russland war keineswegs der Putsch einer kleinen Minderheit, sondern ein Aufstand. Er stützte sich auf die Mehrheit der in Räten organisierten ArbeiterInnenklasse der großen Städte und der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung.

Damals ging es nicht um die Alternative „bürgerlich-parlamentarische Demokratie“ oder „bolschewistische Diktatur“. Es ging um die Alternative „brutale Militärdiktatur und Fortsetzung des Kriegs“ oder „alle Macht den Sowjets (Räten)“. Die „gemäßigten“ sozialistischen Kräfte (Sozialrevolutionäre und Menschewiki) unterstützten die bürgerliche Provisorische Regierung, die um jeden Preis den Krieg fortsetzen wollte. Sie weigerte sich, soziale Reformen durchzuführen (Brot, Achtstundentag, Arbeiterkontrolle). Sie lehnte es ab, den Bauern Land und den Nationalitäten Selbstbestimmung zu geben. Die Bolschewiki, leisteten – obwohl sie seit den Juliereignissen unterdrückt worden waren – entscheidende Hilfe bei der Niederschlagung des Kornilow-Putschs. Danach errangen sie innerhalb weniger Wochen die politische Hegemonie.

Im August 1917, wenige Monate vor der Revolution, schrieb Lenin *Staat und Revolution*. Er rekonstruierte die Position von Marx und Engels zur Frage des Staates aufgrund von deren Verarbeitung der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871. Lenin vertrat ein radikaldemokratisches Konzept: An die Stelle des alten Staatsapparats sollte ein Staat vom Typ der Pariser Kommune treten (die „Diktatur des Proletariats“), der von Anfang an den Keim des Absterbens von Staatlichkeit überhaupt in sich trage. Eben in dieser Tradition sah sich auch die junge Sowjetrepublik.

Schon bald nach dem Sturz der Regierung Kerenski musste die Sowjetregierung jedoch ganz andere Maßnahmen ergreifen. Der Bürgerkrieg forderte Requisitionen von Lebensmitteln auf dem Land („Kriegskommunismus“) und die Unterdrückung derjenigen (auch, wenn sie sich sozialistisch nannten), die die Gegenseite unterstützten. 1920 war der Bürgerkrieg vorbei, und doch beschlossen die Bolschewiki auf ihrem X. Parteitag neben der begrenzten Liberalisierung des Handels (Neue Ökonomische Politik) das Verbot der übrigen Sowjetparteien und das Verbot der Fraktionen in der eigenen Partei.

Die Bolschewiki fassten die russische Revolution als Auftakt zur sozialistischen Weltrevolution auf, zur Revolution in den entwickelten Industrieländern. Bekanntlich kam eine mächtige revolutionäre Welle über Europa, die aber nicht zu sozialistischen Revolutionen führte. So entwickelte sich in der isolierten Sowjetrepublik die Bürokratenherrschaft, die letztlich die Räte Demokratie vollends erwürgte.

Die Sowjetunion ist im Dezember 1991 endgültig untergegangen, doch das Erbe der Oktoberrevolution bleibt ein wichtiger Bestandteil des Kampfes für eine sozialistische Demokratie des 21. Jahrhunderts. Vor allem die Selbstorganisation von unten, die zum Aufbau alternativer Staatsmachtorgane führt, der konsequente Internationalismus und eine

revolutionäre Partei, die in Räten die Mehrheit erobert, sind auch in der Zukunft möglich und nötig.

Erst bei einem hohen Grad selbstbestimmter kollektiver Aktivität können breite Massen revolutionäres Bewusstsein entwickeln. Das emanzipatorische Projekt der globalen sozialistischen Revolution des 21. Jahrhunderts wird sich neben früheren und späteren Erfahrungen nicht zuletzt auch auf das Erbe der Oktoberrevolution und der jungen Sowjetrepublik beziehen. ■



Bekanntgabe der Absetzung der Provisorischen Regierung in Petersburg, 25. Oktober 1917 (07. November 1917).

Foto: Gemeinfrei

Übersetzung:

Vom Militärischen Revolutionskomitee des Petersburger Rates der Arbeiter und Soldaten-Deputierten

An die Bürger von Rußland

Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Militärischen Revolutionskomitees übergegangen, einem Organ des Petersburger Rates der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten, das das Proletariat und die Garnison Petersburgs vertritt.

Die Ziele, für die das Volk gekämpft hat – sofortiger demokratischer Frieden, Enteignung des feudalen Großgrundbesitzes auf dem Land, Arbeiterkontrolle über die Industrie, Bildung einer Räte-Regierung – sind gesichert.

Lang lebe die Revolution der Arbeiter, Soldaten und Bauern!

Militärisches Revolutionskomitee des Petersburger Rates der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten

25. Oktober 1917, 10:00 Uhr

Sommerseminar 2017

„100 Jahre Revolution, Konterrevolution und Kapitalismus - Was nun?“ So hieß unsere Bildungsveranstaltung am 16. und 17.09.2017 in Mannheim.

Ein Jahrhundert nach dem Oktober 1917 wollten wir nicht nur einen Blick auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart und unsere Perspektiven werfen.

Welche Lehren können wir aus dem Erfolg der Oktoberrevolution und welche aus ihrem Scheitern ziehen? Was bedeutet eine Fortführung des Kapitalismus? Was tun für eine solidarische Alternative zu Ausbeutung, Entfremdung, Klassengesellschaft

und Profitmaximierung?

Mit Referaten, Filmen, Lesungen, Musik und natürlich vielen Diskussionen versuchten wir in einem entspannten Rahmen, auf diese und andere Fragen gemeinsame Antworten zu finden.

Wir werden in dieser *Avanti*² erste Auszüge aus zwei Referaten veröffentlichen: zu Sieg und Niedergang der Oktoberrevolution sowie zu russischer Revolutionsliteratur. ■

Ziele und Scheitern der Oktoberrevolution (I)

O. T.

Die Oktoberrevolution ist heutzutage meist kein Thema in den bürgerlichen Medien. Wenn doch, wird oft reißerisch auf „Terror und Chaos“ hingewiesen.

Der Marxismus wird dann gerne als die teuflischste Ideologie der menschlichen Geschichte dargestellt. Offensichtliches Ziel ist es, jeglichen Gedanken an eine fortschrittliche Alternative zum Kapitalismus zu tabuisieren.

Auch die „Bundeszentrale für politische Bildung“ macht hier keine Ausnahme. In ihrem Text *Was war die Oktoberrevolution?* heißt es unter anderem: „Die siegreichen Bolschewiki waren Gewalttäter, die der Krieg hervorgebracht hatte. Ihre Revolution war der Sieg einer vormodernen Gewaltdiktatur über die Freiheitsversprechen des russischen Liberalismus.“

Am 26. Oktober 1917 (dem 7. November unseres Kalenders) nahmen revolutionären Truppen und Arbeitermilizen das Winterpalais in Petersburg ein, den Sitz der bürgerlichen Regierung Russlands. Diese wurde gestürzt. Der russlandweite Kongress der Räte übernahm die politische Macht. Tatsächlich war die Oktoberrevolution ein – fast völlig unblutiger – Massenaufstand.

Die Ausgangslage

Drei grundlegende Probleme kennzeichneten die Lage vor 1917 in Russland: der Krieg, das große Elend der Bauernschaft und die Rechtlosigkeit der unterdrückten Nationalitäten.

Russlands Beteiligung am 1. Weltkrieg an der Seite Frankreichs und Englands gegen Deutschland und Österreich-Ungarn

war ein Katalysator für das Revolutionsjahr 1917. Damals stand Russland vor dem militärischen Zusammenbruch. Kriegsmüdigkeit griff um sich.

Armut und Hunger in Stadt und Land waren im Februar 1917 ein zweiter wesentlicher Auslöser für den Sturz des Zaren. Die wirtschaftliche und soziale Lage insbesondere der Bauern war katastrophal. 10,5 Mio. ruinierte Bauern mit etwa 75 Mio. Hektar Land standen 30.000 meist adelige Großgrundbesitzer mit 70 Mio. Hektar gegenüber.

Das dritte große Problem war die Rechtlosigkeit der unterdrückten Nationalitäten. Sie bildeten die Mehrzahl der Bevölkerung des Riesenreichs.

Im Unterschied zu Westeuropa hatte es in Russland keine bürgerliche Revolution gegeben. Als das Bürgertum in Russland auf der politischen Bühne auftauchte, fühlte es sich bereits von der ArbeiterInnenklasse bedroht.

Diese zählte zwar einschließlich der Land- und Wanderarbeiter etwa 15 Mio. Menschen. Sie war aber alleine zu schwach, um den Zarismus zu stürzen.

Der gemäßigte Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDA-PR-OK), die „Menschewiki“, suchten deshalb das Bündnis mit dem Bürgertum. Sie setzten zudem ihren Arbeitsschwerpunkt auf die Duma – das Parlament – und die Regierungsbeteiligung.

Die „Bolschewiki“ hingegen, der radikale Flügel der SDAPR, trat für das Bündnis von ArbeiterInnenklasse und Bauernschaft ein, der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Ohne die Partei der Bolschewiki, die den Aufstand unter Führung Trozskis organisierte, hätte es keine Oktoberrevolution gegeben – aber auch nicht ohne die

Person Lenin. Denn nach der Februarrevolution 1917 meinte die Führung der SD-APR-ZK unter Kamenew, Sinowjew und Stalin, mit der bürgerlichen Republik das wesentliche Ziel bereits erreicht zu haben.

Die Wende

Mit seinen „Aprilthesen“ trat Lenin 1917 für eine radikale Kursänderung der Bolschewiki ein. Er propagierte jetzt die sozialistische Revolution. Selbst die Führung der Bolschewiki sah ihn damals als „Phantasten“ an.

Lenins Wende entsprach dem Drängen der Vorhut der klassenbewussten ArbeiterInnen in den Betrieben, in Armee und Marine sowie auf dem Land.

Sie entsprach auch Trozskis Strategie der permanenten Revolution. Derzufolge

1917

Als sich alles änderte

Die russische Revolution
vor hundert Jahren

Würdigung, Film, Musik, Literatur

Dienstag, 7.11.17, 19:00

Cinema Quadrat, Collinistr. 1, MA

* Vortrag von Prof. Dr. Helmut Dahmer * Stummfilm-Klassiker
Oktober (Kurzfassung) von Sergej Eisenstein * Live-Musik von
ewo² mit Bernd Köhler - Laurent Leroi - Joachim Romeis

* Lesung mit Bettina Franke

2017

müsse die ArbeiterInnenklasse zwar im Bündnis mit der Bauernschaft den Zarismus stürzen. Zudem müsse sie aber ihre eigenen weitergehenden Forderungen auf die Tagesordnung setzen. Die Revolution fange bei der Lösung der demokratischen Aufgaben (Republik, Agrarfrage, Gleich-

berechtigung) an und führe dann weiter zur sozialistischen Revolution.

Den sofortigen Friedensschluss, die Enteignung und Verteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern sowie das Selbstbestimmungsrecht für die unterdrückten Nationalitäten – bis hin zum Recht auf Lost-

rennung – konnte nur die Revolution der Räte (der Sowjets) durchsetzen.

Die Losungen der Bolschewiki „Alle Macht den Räten!“ und „Brot, Frieden, Land!“ mobilisierten Massen für das Ziel eines Sozialismus in Russland und der Welt. ■

Links! Links! Links!

B. S.

In den bewegten Jahren der Russischen Revolution gab es ein vielfältiges Kulturleben. Musik, Theater, Malerei und besonders die Literatur waren experimentierfreudig und somit vielfältig. Die KünstlerInnen hatten in den Zwanziger Jahren Kontakte im und zum Ausland.

Ich möchte Neugier wecken mit einigen Beispielen aus der Literatur, die ich persönlich sehr eindrucksvoll finde.

Wladimir Majakowski

Wladimir Majakowski widmet 1918 seinen Text „Linker Marsch“ den Matrosen. Die vier martialischen Strophen, die sich gegen den „britischen Löwen“, gegen die „Entente“ wenden und die Kraft der Kommune besingen, münden in der Aufforderung: Links! Links! Links!

Majakowski (1893 – 1930) soll schon als Fünfzehnjähriger Parteiarbeit geleistet haben. Er war, wie viele seiner kunstbesessenen Zeitgenossen, viel im Ausland. Er war überzeugt: „Ohne revolutionären Kampf keine revolutionäre Kunst.“

In Ilja Ehrenburgs Autobiographie *Menschen Jahre Leben* wird sein Wirken eingehend beschrieben. Majakowski rezitierte seine Gedichte auf der Bühne, besonders vehement den *Linken Marsch*. Er bezeichnete seine Schreibweise selbst als „kommunistischen Futurismus.“

Maria Zwetanowa sagte von ihm: „Lebte wie ein Mensch, starb wie ein Dichter“; er schoss sich 1930 „selbst ins Herz.“ Ende der Zwanziger Jahre hatte Majakowski die bürokratische Entwicklung in der UdSSR kritisiert.

Isaak Babel

Von besonderer Bedeutung ist für mich Isaak Babel (1894 – 1941). In seiner Sammlung von Texten beschreibt er das Leben und Kämpfen in Budjonns Reiterarmee. Er selbst war Teil dieser Kosakentruppe und hat ihre Kämpfe und das Kriegsgeschehen in einer Art poeti-

schem Realismus beschrieben.

„Der Newskij – Prospekt floß wie eine Milchstraße in die Ferne. Pferdekadaver markierten ihn wie Werststeine. Mit hochgereckten Beinen stützten sie den niedrig hängenden Himmel. Ihre aufgerissenen Leiber waren blank und glänzend.“

General Budjonny wollte, dass Babels Texte verbrannt werden. Er betrachtete die Darstellung als diffamierend. Aber Maxim Gorki wiegelte ab, Budjonny habe das Buch „von der Höhe des Pferderückens“ betrachtet, nicht „von der Höhe der Kunst“.

Babel wurde beschuldigt, sich in Paris mit Trotskisten abgegeben zu haben, er ist vermutlich im Gefängnis getötet worden, offiziell starb er 1941 im Lager. Er wurde aber nach Stalins Tod beim Zweiten Schriftstellerkongress 1954 rehabilitiert.

Anna Achmatowa

In meiner subjektiven Auswahl befindet sich nur eine Frau: Anna Achmatowa (1889 – 1966), die von Zeitgenossen die „größte russische Dichterin“ genannt wurde. Sie ist älter geworden als die meisten ihrer männlichen Gefährten, war dreimal verheiratet, zwei ihrer Männer waren in Haft, der einzige Sohn war ebenfalls eingekerkert.

Es wird berichtet, dass sie oft mit anderen Frauen vor den Gefängnistoren stand, um ein Nahrungspäckchen für den Inhaftierten abzugeben. Dabei wurde sie, die viele Liebesgedichte geschrieben hat, gefragt, ob sie die Situation beschreiben könne. Sie konnte!

Hier vier Verse des Epilogs zu ihrem Requiem:

„Ich kannte viele früh gewelkte Frauen

Von Schrecken, Furcht, Entsetzen ausgeglüht.

Des Leidens Keilschrift sah ich eingehauen

Auf Stirn und Wangen, die noch kaum geblüht.“

Wie viele andere Schreibende war sie von den Repressalien der Stalinzeit betroffen, mit dem Ausschluss aus dem Schriftstellerverband, Schreibverbot und der Vernichtung zweier Gedichtbände. Deshalb arbeitete sie zeitweilig an Übersetzungen.

Die „Tauwetterperiode“ nach Stalins Tod und ihre Rehabilitation ermöglichten ihr wieder die gewohnte Arbeit. „Anna von ganz Russland“, so Marina Zwetajewa, starb 1966. Zwei Astronominnen verliehen ihr zu Ehren dem Kleinplaneten 3067 den Namen Akhmatova! ■



Majakowski im Jahr 1920.

Rosa und der Rote Oktober

O. T.

Rosa Luxemburg schrieb 1918 in ihrem Text *Die russische Revolution*:

„Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung ‚Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums!‘ den Fortgang der Revolution gesichert hat.“

Und weiter: „Nur eine Partei, die zu führen, d. h. vorwärts zu treiben versteht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft. [...] Die Bolschewiki haben auch sofort als Zweck dieser Machtergreifung das ganze und weitgehendste revolutionäre Programm aufgestellt: [...] Sie haben sich damit das unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum erstenmal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren. Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet.“ ■



Foto: Gemeinfrei - Commons Bundesarchiv

Rosa Luxemburg (geb. 5.3.1871 in Zamosé, ermordet am 15.1.1919 in Berlin).

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 05.10.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 05.10.2017, 16:30 Uhr, Feier zur Verlegung von Stolpersteinen, Jugendhaus Waldpforte MA
- SA, 14.10.2017, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 19.10.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 27.10.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA

Vorschau November:

- SA, 04.11.2017, 13:00 Uhr, BuG-Seminar zu Betriebsratswahlen, MA
- DI, 07.11.2017, 19:00 Uhr, 100 Jahre Oktoberrevolution, Cinema Quadrat MA